



aktiv 4/13

125
1888-2013



1888 – 2013

125 Jahre SP Oberburg



Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Oberburg

Redaktion: Die SP-AKTIV-Macher (siehe AKTIV 1/83)

Auflage und Verteiler: 1400 Exemplare an alle Haushaltungen der Gemeinde Oberburg

Erscheint: 6 x pro Jahr

Datum: 20. August 2013

Druck: Haller&Jenzer AG Burgdorf

Satz/Layout: ComTex, Oberburg

125 Jahre SPS
Kämpfe und Errungenschaften

•

Oberburger SP und ihr Dorf (I)
Entlassungen und Arbeitslosigkeit

•

Oberburger SP und ihr Dorf (II)
Dauerthema: Der BUS

•

Oberburger SP und ihr Dorf (III)
Geburtswehen der Mezwan

•

Volksabstimmungen vom 22. September 2013
Sonntagsruhe und Wehrpflicht

Die Inserentinnen und Inserenten inserieren aus rein kommerziellen Gründen. Es bestehen somit keine Zusammenhänge mit der politischen Gesinnung der Herausgeber.

Berücksichtigen Sie bitte unsere Inserentinnen und Inserenten.

Daniel Jutzi AG
Krauchthalstrasse 5
3414 Oberburg
Telefon 034 422 09 22
Telefax 034 422 09 15



jutzi

Sanitäre Anlagen • Heizungen
Reparaturservice • Planung & Ausführung


jakob ag
gipser- und
malergeschäft

Gipsen und Malen aus einer Hand
Emmentalstrasse 127
Postfach 227 - 3414 Oberburg
Tel 034 422 92 02 - Fax 034 423 34 47

Unsere Stärken sind Umbauten,
Renovationen und Farbberatungen

- Trockenbau
- Trockenböden
- Verputze
- Fassadenisolationen
- Stuckaturen
- Dekorativ- und Tapezierarbeiten
- alle Malerarbeiten im Innen- und Außenbereich

125 Jahre Sozialdemokratie in der Schweiz – und in Oberburg

Kämpfe und Errungenschaften

Im Oktober 2013 feiert die SP Oberburg den 125. Jahrestags ihres Bestehens. Sie wird ihr Jubiläum mit verschiedenen Anlässen begehen: Mit einem Familienbräteln am 8. September im Emmenschachen, mit einem Rück- und Ausblick von Ex-Nationalrat André Daguët zur AHV am 25. September und einem Gespräch mit SPS-Präsident und Nationalrat Christian Levrat darüber, ob es die SP überhaupt noch braucht (am 12. November).

In dieser Sonderausgabe des SP aktiv bringen wir den ersten Teil eines längeren Artikels von Jörg Frey (Präsident SP Oberburg) zum jahrzehntelangen Einsatz der SPS für soziale Gerechtigkeit und einen Rückblick zu verschiedenen Themen, für welche sich die SP Oberburg in den letzten Jahrzehnten stark gemacht hat. Der Text von Jörg Frey zur SPS wird im nächsten Heft fortgesetzt.

Die Sozialdemokratie hat die heutige Schweiz stark geprägt. Viele heutige Selbstverständlichkeiten im Alltagsleben sind ohne die sozialdemokratische Bewegung nicht vorstellbar. Insbesondere würden die demokratischen und menschenrechtlichen Grundrechte, die umfassende soziale Absicherung der Schweizerinnen und Schweizer in Notlagen, die gesunde Umwelt sowie der weitgehende Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten ohne die Hartnäckigkeit der Sozialdemokratie in der politischen Arbeit nicht bestehen.

Gründung der SP Schweiz

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS wurde am 22. Oktober 1888 in Bern gegründet. Die Partei entstand aus Arbeitervereinen in verschiedenen Städten, aus der Bewegung des Arbeiterbundes, der Gewerkschaften und aus der Grütlibewegung. Diese Bewegungen wiederum bildeten sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus der freisinnigen Bewegung heraus. Wie den Freisinnigen waren ihnen die Demokratisierung der Eidgenossenschaft und die Schaffung

des modernen Bundesstaates ein zentrales Anliegen.

Im Gegensatz zum Freisinn verstand sich die damalige Arbeiterbewegung als ständeübergreifend. Sie engagierten sich für die Bildung und die Wahrnehmung der Rechte der Handwerksgehilfen und der Arbeiter.

Fabrikgesetz

Die Vorgängerorganisationen der SP kämpften bereits 1877 für die Ausdehnung des ersten Fabrikgesetzes im Kanton Glarus auf die ganze Schweiz. Mit dem Fabrikgesetz wurden beispielsweise die maximale tägliche Arbeitszeit auf 11 Stunden begrenzt, die Kinderarbeit und die Arbeit am Sonntag verboten.

Unfall- und Krankenversicherungsgesetz

1890 stimmten Volk und Stände dem Artikel 34 bis in der Bundesverfassung zu, der die Einführung einer Unfall- und Krankenversicherung vorsieht. Nach einem verlorenen Referendum im Jahre 1900 wurde das Unfall- und Krankenversicherungsgesetz 1912



H.+CHR. MOSER
MALERGESCHÄFT
EMMENTALSTRASSE 9
3414 OBERBURG
Tel. 034 422 22 65

Wir empfehlen uns für
sämtliche Facharbeiten!

Haller+Jenzer AG
Druckzentrum
3401 Burgdorf

Tel. 034 420 13 13
www.haller-jenzer.ch

HALLER  JENZER

Stillstehen liegt uns
nicht.


BEWO

flexibel / zuverlässig / kompetent

Behindertenwerkstätte
Emmentalstrasse 41, 3414 Oberburg
Tel. 034/426 12 12 / Fax 034/426 12 22
www.bewo.ch / E-mail: info@bewo.ch

Ihr Partner für:

- Heissprägedruck
- Verpackungsarbeiten
 - Serielle Holzprodukte
 - Konfektionierungsarbeiten
 - Individuelle Kundenwünsche
- Montagearbeiten aller Art
- Speditionsaufträge
- Baubedarfsartikel
- Tampondruck

elektro **GRUNDER**
RIESEN 

die wissen wie!

**defekt?
wir reparieren fast alles!**

3414 Oberburg
Emmentalstrasse 64
Tel. 034 428 24 24
Fax 034 428 24 28
info@egrag.ch
www.egrag.ch

3076 Worb
Vechigenstrasse 28
Tel. 031 839 15 75
Fax 031 839 00 87

durch das Volk gut geheissen. Damit wurde eine obligatorische Unfallversicherung für einen grossen Teil der Arbeitnehmenden eingeführt. 1918 wurde die SUVA geschaffen, die neben der Erbringung von Leistungen für Verunfallte auch den Auftrag erhielt, in den Betrieben die Unfallprävention zu überwachen.

Arbeitnehmende in weniger gefährlichen Betrieben waren vom Obligatorium ausgeschlossen. Die damaligen privaten Krankenversicherungen wurden in der Bundesverfassung anerkannt. Im ersten Referendum wurde die obligatorische Krankenversicherung abgelehnt. Mit der Schaffung der Unfallversicherung wurden die Arbeitnehmenden und ihre Familien gegen die Folgen eines Unfalles versichert.

Militärversicherung

1901 wurde das Militärversicherungsgesetz als erste Sozialversicherung der Schweiz eingeführt. Mit diesem Gesetz sollen die Soldaten und Offiziere der Schweizerischen Armee sowie ihre Familien gegen die Folgen von Krankheit und Unfall im Dienst versichert werden.

Proporz im Nationalrat

Mit der Gründung des schweizerischen Bundesstaates wurde für die meisten politischen Gremien das Majorzwahlssystem (Mehrheitswahlssystem) eingeführt. Im National- und Ständerat sassen bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts eigentlich nur freisinnige und katholisch-konservative Mitglieder. Da die SP Schweiz auch die Interessen der einfachen Leute im National- und Ständerat vertreten wollte, lancierte die SP im Jahr 1898 die erste Volksinitiative zur Einführung des Proporzsystems (Verhältniswahlrecht) bei den Nationalratswahlen. Da sich das Proporzsys-

tem auf Gemeinde- und Kantonebene sehr bewährte, gelang es der SP mit der dritten Volksinitiative 1918 das Proporzwahlssystem beim Nationalrat einzuführen.

Mit der Einführung des Proporzwahlrechtes im Nationalrat und bei vielen Kantons- und Gemeindeparlamenten war die Grundlage geschaffen, um alle gesellschaftlichen Schichten in den politischen Entscheidungsprozess einzubeziehen.

Reduktion Arbeitszeit und Schutz der Arbeiterinnen

1919 wurde auf Druck der SP Schweiz und der Gewerkschaften die 48-Stundenwoche eingeführt. Für Frauen wurden bestimmte gesundheitsgefährdende Arbeiten verboten und die Dauer ihrer zu leistenden Überzeit beschränkt. Der Arbeiterinnen erhielten Er-



Plakat von Hans Erni für den AHV-Abstimmungskampf

flükiger architektur

planung ausführung bauleitung
neubauten umbauten sanierungen
studien expertisen schätzungen

flükiger architektur gmbh
schönenbühlweg 17 3414 oberburg
034 402 78 70 www.fluekiger-arch.ch



Das Geschäft für feine Sachen



Apéro

Dessert

Glacén

CONFISERIE TEA ROOM NEUHAUS OBERBURG

Hesch hüt scho bout?



OTTO MÄDER AG

Hoch- und Tiefbau

3414 Oberburg (Hauptsitz)

Krauchthalstrasse 19, Postfach 317

Tel. 034 422 10 81 Fax 034 423 33 07

info@maeder-bau.ch / www.maeder-bau.ch

3400 Burgdorf, Knuppenmatt 19

leichterungen, um den Haushalt führen zu können. Den Frauen wurde nach der Geburt mindestens 6 Wochen Erholungszeit und ein Kündigungsschutz gewährt.

Mit diesen Anpassungen im Fabrikgesetz waren die Grundlagen für die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie sowie für den Mutterschaftsschutz festgelegt.

Erwerbersatzordnung (EO)

Im Obligationenrechtes (OR) wurden Arbeitgebende verpflichtet, Militärdienstleistenden für kurze Zeit den Lohn weiter zu zahlen. Im 1. Weltkrieg führte dies dazu, dass ein Drittel der Soldaten und Offiziere für sich und ihre Familien bei der Gemeinde Sozialhilfe beantragen mussten. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beschloss der Bundesrat im Dezember 1939 die Lohnersatzordnung (LEO) für Militärdienstleistende. Mit dieser Ersatzordnung wollte der Bundesrat soziale Unruhen verhindern, wie sie nach dem 1. Weltkrieg ausbrachen und im Generalstreik von 1918 gipfelten. Diese Versicherung wurde zur Hälfte von Arbeitgebenden, Arbeitnehmenden mit Lohnprozenten finanziert. Die andere Hälfte finanzierten Bund und Kantone zusammen. Dieses Versicherungsmodell bildete dann die Grundlage für die spätere AHV und weitere Sozialversicherungen.

Mit der Schaffung der EO mussten Soldaten und Offiziere und ihre Familien nicht mehr von der Sozialhilfe leben. Nach dem Krieg waren somit auch die gesellschaftlichen Grundlagen geschaffen für das anschließende starke Wirtschaftswachstum.

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

1925 beauftragte das Schweizer Volk mit dem Verfassungsartikel 34 quater den Bund eine Alters-, Hinterlassenen und Invaliden-

versicherung zu schaffen. Da sich das eidgenössische Parlament nicht einig war, wie eine Alters- und Hinterlassenversicherung finanziert werden soll, dauerte es bis 1947, bis eine Vorlage zu Stande kam und von Stimmberechtigten angenommen wurde. Die AHV wurde auf den 1. Januar 1948 eingeführt.

Mit der Schaffung der AHV wurde den alten Menschen ein minimales Einkommen zugestanden, so dass sie teilweise nicht mehr armengeössig wurden.

Invalidenversicherung (IV)

Wie oben erwähnt, wurde bereits 1925 der Verfassungsartikel geschaffen, der die Einrichtung einer Invalidenversicherung vorsieht. Nachdem die AHV eingeführt war und einige Kantone eigene Invalidenversicherungen geschaffen hatten, machten die SP und

Der K(r)ampf um die AHV

Der frühere SP-Generalsekretär und Ex-Nationalrat

André Daguét

spricht zur Geschichte, Gegenwart und Zukunft eines der wichtigsten Sozialwerke der Schweiz.

Mittwoch, 25. September
19.30 Uhr
Aula-Anbau

Der Anlass ist öffentlich.



PEUGEOT

GARAGE VON BALLMOOS OBERBURG

Tel. 034 427 20 20 E-Mail: garage@bluewin.ch

Nähen & Wolle



Öffnungszeiten:
Montag geschlossen
Di – Fr 14.00 – 18.00
Sa 09.00 – 12.00
Ausserhalb der
Öffnungszeiten nach
Absprache

Alice Thomi, Emmentalstrasse 36, 3414 Oberburg
Telefon 034 422 58 00 / Mobile 079 525 68 10
E-Mail: naehen.wolle@bluewin.ch

Coiffure Anna

A. Stäger Schürch
eidg. dipl. Coiffeuse

Konsumweg 1
3414 Oberburg

Telefon 034 422 28 78

müller informatik
RUND-UM-INFORMATIK

**Ihr Partner für
Personalcomputer und Netzwerke**

St. Niklausstr. 2
3425 Koppigen

Tel. 034 413 30 53

- Standard- + betriebswirtschaftliche Software
- Schulung, Beratung, Installation und Support

www.mueller-informatik.ch | info@mueller-informatik.ch

die Partei der Arbeit 1955 mit zwei Volksinitiativen Druck zur Schaffung einer eidgenössischen Invalidenversicherung. 1959 verabschiedeten die eidgenössischen Räte einen indirekten Gegenvorschlag, mit dem die Invalidenversicherung per 1. Januar 1960 eingeführt wurde. Neben der aktiven Unterstützung bei der beruflichen Eingliederung konnten behinderte Menschen mit Hilfe von Renten und anderen finanziellen Leistungen von der Sozialhilfe und karitativen Organisationen unabhängiger gemacht werden. Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten wurden in der Schweiz die Arbeitgeber von einer Eingliederungspflicht befreit.

Zauberformel im Bundesrat

Seit der Gründung des Bundesstaates 1848 hatte der Freisinn jahrzehntelang die absolute Mehrheit im Bundesrat. 1891 nachdem der Freisinn die Abstimmung über die Verstaatlichung der Eisenbahnen verlor, wurde erstmals ein katholisch-konservatives Mitglied und 1929 erstmals ein Mitglied der neu gegründeten BGB als Vertreter der neuen bürgerlich-konservativen Bewegung in den Bundesrat gewählt. Unter dem Eindruck des Nationalsozialismus in Deutschland und in Österreich und des Faschismus in Italien rückten die bürgerlichen Parteien und die SP zusammen. 1937 schlossen zum Beispiel die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern das Friedensabkommen für die Metall- und Maschinenindustrie ab. Um diese Einigkeit auch im Bundesrat zum Ausdruck zu bringen, wurde 1943 mit Ernst Nobs erstmals auch ein Vertreter der SP in den Bundesrat gewählt. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die SP die stärkste Fraktion im Nationalrat. Neben der SP litten die Christdemokraten an der Untervertretung im Bundesrat. Die Referendumsdemokratie erschwerte die Arbeit

des freisinnig-konservativ geprägten Bundesrates stark. Die Zusammensetzung des Bundesrates entsprach nicht mehr den effektiven politischen Kräfteverhältnissen in der Schweiz. Um dies zu ändern und einen mehrheitsfähigen Bundesrat zusammenstellen zu können, wurde mit den Wahlen 1959 die sogenannte «Zauberformel» geschaffen. Neben zwei Freisinnigen, zwei Christdemokraten, einem Vertreter der BGB war die SP mit zwei Vertretern im Bundesrat vertreten. Mit dieser neuen Zusammensetzung entstand die Konkordanzdemokratie.

Ergänzungsleistungen (EL)

Nachdem die AHV und IV eingeführt waren, waren viele AHV- und IV-Rentner und Rentnerinnen wegen den kleinen Renten immer noch von der Sozialhilfe abhängig. Die Renten wurden aufgrund der starken Teuerung fortwährend entwertet. 1962 verlangten zwei Volksinitiativen der Vereinigung Genfer AHV-Rentnern und des Schweizerischen Beobachters den automatischen Teuerungsausgleich bei den AHV- und IV-Renten. Von Seite der SP wurde darauf hingewirkt, dass wie im Artikel 34 quater der Bundesverfassung fest gehalten, die Renten existenzsichernd sein sollen. Dieser Druck führte dazu, dass die Renten der Teuerungsentwicklung angepasst und die Ergänzungsleistungen per 1. Januar 1966 eingeführt wurden. Mit der Einführung der Ergänzungsleistungen war nun die Existenzsicherung für Rentner und Rentnerinnen der AHV und IV gewährleistet und sie mussten nicht mehr beim Sozialamt um Sozialhilfe bitten.

Frauenstimmrecht

Obschon in der ersten Bundesverfassung von 1848 stand: «Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich. Es gibt in der Schweiz



Plakat von Hans Erni zum Abstimmungs-kampf um das Frauenstimmrecht

keine Untertanenverhältnisse, keine Vorrechte des Orts, der Geburt, der Familie oder Personen» waren die Frauen von den politischen Rechten ausgeschlossen. In der aus der Verfassung resultierenden Gesetzgebung ergab sich jedoch, dass Frauen zu den Männern in ein Untertanenverhältnis gestellt wurden. Auch nach der ersten Revision der Bundesverfassung von 1874 kamen keine Frauen in der Verfassung vor. Beim Generalstreik von 1918 war das Frauenstimmrecht die zweite von neun Forderungen der Streikenden. Eine staatsrechtliche Beschwerde von einer Gruppe Bernerinnen beim Bundesgericht wurde 1923 mit dem Hinweis auf das Gewohnheitsrecht abgewiesen. Nach dem 2. Weltkrieg 1945 fand die Gründung des Schweizerischen Komitees für das Frauenstimmrecht statt. Nachdem die Frauen im

Krieg zuhause und in der Armee an der Verteidigung der Schweiz beteiligt waren, forderten sie jetzt politische Mitbestimmung. Eine erste Vorlage von Bundesrat und Parlament scheiterte 1959 an der Urne. Die Ereignisse von 1968 gaben den Bewegungen für das Frauenstimmrecht neuen Schub. Neben linken Verbänden engagierten sich nun auch bürgerliche Frauenverbände für das Frauenstimmrecht, so dass die zweite Vorlage 1971 an der Urne deutlich angenommen wurde.

Revisionen des Zivilgesetzbuches (ZGB)

Das 1912 eingeführte ZGB basierte auf den gesellschaftlichen Vorstellungen dieser Zeit. Als Folge der 68er Bewegung entsprach das ZGB nicht mehr den gesellschaftlichen Gegebenheiten der Zeit nach 1970. Beispielsweise war das Selbstbestimmungsrecht der Frauen und der Kinder sowie von Menschen mit Behinderungen waren eingeschränkt. Mit der Revision des Kindesrechtes 1978 wurde die Rechtsstellung der Kinder verbessert, die Diskriminierung nichtehelicher Kinder und ihre Mütter wurde beseitigt, im Falle einer Trennung der Eltern haben sie ein Mitspracherrecht betreffend die Gestaltung ihrer Zukunft. Dem Kindeswohl wurde mehr Bedeutung gegeben.

In Folge der Heimkampagne, die sich gegen rechtsmissbräuchliche Unterbringung von Kindern in Verdingfamilien, Heimen und Anstalten sowie gegen die körperliche und psychische Misshandlung von Kindern, Jugendlichen und Behinderten wehrte, wurde 1978 im ZGB der fürsorgerische Freiheitsentzug neu geregelt. Unter anderem bekamen die von einer Massnahme Betroffenen das Recht, sich bei einer Gerichtsbehörde zu beschweren und die Aufhebung der Massnahme zu erwirken.

1981 wurde mit der Revision des Ehegesetzes begonnen. Das Ziel dieser Revision war die effektive Gleichstellung der Frau in der Ehe und Familie. Rechtsbürgerliche Kreise ergriffen das Referendum gegen diese Revision. Nach einem emotionalen Abstimmungskampf wurde 1985 die Revision durch das Stimmvolk angenommen und 1988 in Kraft gesetzt. Mit dieser Revision wurde das alte patriarchalische geprägte Ehegesetz der aktuellen gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst. Mit den Anpassungen im Schei-

dungsrecht wurde die Stellung der Frau in der Ehe weiter verbessert.

Die letzte Revision betraf die Überführung des Vormundschaftsrechtes in das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, das 2013 in Kraft trat. Mit dieser Revision wurden die Rechte der hilfebedürftigen und/oder verbeiständeten Personen gestärkt.

Jörg Frey
Präsident SP Oberburg
(Fortsetzung folgt)

Die Oberburger SP und ihr Dorf (I)

Entlassungen und Arbeitslosigkeit

Unter diesem Titel füllten in den Jahren 1982/83 viele Seiten das SP-aktiv. Blenden wir für dieses Thema einmal rund 30 Jahre zurück:

Ausgangslage

1982 mehrten sich die Berichte über Betriebsschliessungen und Kurzarbeit in der Schweiz. Wie bei heiklen Themen üblich wurden dabei aber immer wieder Vergleiche mit dem Ausland gezogen und darauf hingewiesen, dass wir im internationalen Vergleich gemessen an den Prozentzahlen von Arbeitslosen unsere Wirtschaft noch als intakt bezeichnen können. Die Recherchen der Soz.-dem. Partei Oberburg zeigten aber für unsere Gemeinde ein düsteres Bild. Sie beleuchtete im SP-aktiv die Lage der direkt Betroffenen und haben die Leserschaft daran erinnert, dass mit der Progressa AG ein Arbeitgeber den Betrieb geschlossen hat. Dabei entstand unweigerlich ein ungutes Gefühl. Ein Unternehmen wurde geschlossen, das noch wenige Jahre vorher völlig gesund war.

Kritik der SP Oberburg am Gemeinderat

Die SP Oberburg kritisierte damals die passive Haltung des Gemeinderates, welcher sich offensichtlich recht wenig um die allgemeine Arbeitssituation in Oberburg gekümmert und auch nicht Kenntnis davon hatte, dass verschiedene andere Betriebe Kurzarbeit einführen mussten. Diese Kritik sorgte verständlicherweise für «rote» Köpfe und der SP Oberburg wurde vorgeworfen, dass sie ja auch keine konkreten Vorschläge zur Milderung der Probleme unterbreitet hätte. Der Gemeinderat würde sich erst mit dem Thema befassen wenn die SP mit klaren Vorstellungen aufwarten könne.

Bemühungen der SP Oberburg

Die SP Oberburg ist dann im Gegensatz zu den anderen politischen Parteien in die

Offensive gegangen und hat sich mit der damals ebenfalls von Arbeitslosigkeit betroffenen Stadt Biel in Verbindung gesetzt. Eine Delegation ist vom damaligen SP-Bieler Stadtpräsidenten Hermann Fehr und weiteren Bieler Politikern empfangen und darüber informiert worden, wie man dort dieses aktuelle Thema angegangen ist. Gestützt auf diese Erfahrungen ist dann im Februar 1983 im Kirchgemeindehaus eine Arbeitstagung organisiert, über denkbare Massnahmen diskutiert und schliesslich ein möglicher Massnahmekatalog an den Gemeinderat verabschiedet worden. Die entsprechende Beurteilung der Konjunktur, die Zielsetzungen und die denkbaren Sofortmassnahmen wurden im SP-aktiv vom 5. Juli 1983 ausführlich erläutert.

Schicksal der SP-Vorschläge

Die Ergebnisse der Vorarbeiten seitens der SP-Oberburg sind dann im Gemeinderat an zwei Sitzungen besprochen worden. Das Ergebnis ist dabei ernüchternd ausgefallen. Verschiedene Punkte der Anregungen sind zwar als prüfenswert entgegen genommen, viele aber auch als zu weitgehend und für die Betroffenen kaum wirksam befunden worden.

Die Schlussfolgerung im damaligen Schreiben des Gemeinderates an die SP-Oberburg dokumentiert dessen Haltung gegenüber der Arbeitslosigkeit treffend:

«Ohne die Arbeitslosigkeit und die Zukunftsaussichten bagatellisieren zu wollen, stellt der Rat fest, dass in dieser Beziehung aber auch nicht zu pessimistisch gewertet werden darf. Bei intensiver und seriöser Suche lassen sich in unserer Umgebung immer noch Stellen finden. Leider kommt es immer wieder vor, dass durch fehlende Eigeninitiative oder Selbstverschulden Arbeitslosigkeit

verursacht wird. Wir sind uns aber andererseits bewusst und fühlen mit den unschuldig Betroffenen, was es bedeutet, arbeitslos zu sein und vor einer ungewissen Zukunft zu stehen.»

Schlussfolgerungen

Es folgten dann im Oktober 1983 die Nationalratswahlen mit den üblichen Versprechungen der Politiker und der Tatsache, dass das Thema «Arbeitslosigkeit» dann nach den Wahlen nicht mehr aktuell war und nicht mehr als Wahlschlager eingesetzt werden konnte. Immerhin ist es aber dank dem Einsatz der Gewerkschaft doch noch gelungen, für die entlassene Belegschaft der Progressa AG einen positiven Sozialplan zu erwirken. Heute hat sich die Situation zum Glück wieder etwas entschärft. Gemäss der Arbeitsmarktstatistik des SECO waren jedoch im April 2013 immer noch rund 135'000 Personen als arbeitslos beim RAV gemeldet. Immerhin aber 3'142 weniger als im Vormonat.

Durch die neuen gesetzlichen Vorschriften hat sich allerdings seit 1982 die Einflussnahme seitens der Gemeinden wesentlich verändert und das Thema wird hauptsächlich von Kanton und Bund bearbeitet.

SP Oberburg



Die Oberburger SP und ihr Dorf (II)

SP-Dauerthema: Der Bus

Von den Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Dorfes wird es heute als eine Selbstverständlichkeit empfunden, dass zusätzlich zur Bahn durchschnittlich im Abstand von 30 Minuten auch ein Bus für eine Fahrt Richtung Burgdorf oder Hasle zur Verfügung steht. Der Vorteil liegt dabei darin, dass man an verschiedenen Haltestellen im Dorf und dann im gewünschten Gebiet ein- und aussteigen kann und nicht immer der Gang zum BLS-Bahnhof nötig ist. Dass diese «Selbstverständlichkeit» kein Zufall ist sondern über einen langen Zeitraum erarbeitet werden musste, soll unser kurzer Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des BUS-Betriebes und die Funktion, welche die SP-Sektion Oberburg dabei gespielt hat, in Erinnerung rufen.

Ausgangslage

Bis 1978 kannte man in der Stadt Burgdorf einen Busverkehr, den BUBU, nur im Winter. Er erleichterte den Burgdorfern in der kalten Jahreszeit den Weg aus den verschiedenen Quartieren in die Innenstadt und zum Bahnhof. Im Herbst 1978 (also vor rund 35 Jahren) nahm man dann in Burgdorf die Arbeiten für ein Neukonzept des Busbetriebes an die Hand. Vorgesehen wurde vorerst ein Versuchsbetrieb für den ganzjährigen Buseinsatz, bei welchem auch ein Teil des Gemeindegebietes von Oberburg erschlossen werden sollte.

Die BUS-Leidensgeschichte

Im Mai 1979 ist der Gemeinderat Oberburg mit den Unterlagen für das neue Bus-Konzept bedient und um eine Stellungnahme gebeten worden. Der Gemeinderat Oberburg schickte diese Unterlagen dem Handwerker- und Gewerbeverein zur Vernehmlassung. Die politischen Parteien sind dabei unverständlicherweise nicht in die Vernehmlassung einbezogen worden. Es kam wie es kommen musste: Der Handwerker- und Gewerbeverein beantragte dem Gemeinde-

rat die Ablehnung des Vorschlages. Man befürchtete die Abwanderung der Kundschaft nach Burgdorf. Der Versuchsbetrieb wurde deshalb vom Gemeinderat entgegen dem Antrag der SP und ohne Anhörung der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt.

Nachdem der Stadtrat Burgdorf dem Geschäft trotzdem zugestimmt hatte sollte eine Aussprache zwischen den beiden betroffenen Gemeinden unter Leitung des Regierungsstatthalters zu einer Einigung führen. Trotz positiven Ansätzen lehnte der Gemeinderat im Juli 1979 den vorgesehenen Sommer-Versuchsbetrieb jedoch mehrheitlich erneut und endgültig ab. Das Paradoxe bei der Begründung der Gemeinderatsmehrheit: «Der BUBU würde sowieso nicht benutzt. Zudem würde er die Einwohner zum Einkaufen in Burgdorf verleiten.» Der geneigte Leser merkt den Widerspruch: Ein Bus, der angeblich nicht benutzt wird, verleitet unsere Bevölkerung zum Einkaufen in Burgdorf!

Erste Gemeindeinitiative in Oberburg

Bei den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei stiess dieser Beschluss auf Unverständnis. Der Parteivorstand ist deshalb

am 5. September 1979 beauftragt worden zu diesem Thema eine Gemeindeinitiative zu lancieren.

Dieser Aktion war ein voller Erfolg beschieden. In nur 5 Tagen kam die Initiative mit 10% der Stimmberechtigten ohne offizielle Sammelaktion oder Tür zu Tür Sammlung zustande. Bis zum Abschluss der Unterschriftensammlung hatten 406 Bürgerinnen und Bürger die Initiative rechtsgültig unterzeichnet. Dieses Ergebnis ist insofern bemerkenswert, als viele potentielle Benützer des BUBU (Schüler, Jugendliche, Burgdorfer-Knuppenmatte, Ausländer) gar nicht unterschreibungsberechtigt waren.

Die Gemeindeinitiative ist daraufhin am 1. November 1979 im Beisein des Gemeinderatspräsidenten und verschiedener Mitglieder des Gemeinderates dem damaligen Gemeindegemeinschafter Theodor Bossart überreicht worden.

Wie ging es weiter?

Gemäss der Gemeindeordnung von Oberburg war für dieses Geschäft nach wie vor abschliessend der Gemeinderat zuständig. Dieser Gemeinderat beschloss dann in einer seiner letzten Sitzung der Legislaturperiode mehrheitlich wiederum, diese Initiative und somit den Bus-Versuchsbetrieb abzulehnen. Die Stadt Burgdorf führte daraufhin den Versuchsbetrieb trotzdem ein. Der Bus zirkulierte jedoch nicht bis Oberburg sondern nur bis ins Oberdorf.

Heute, also gut 30 Jahre später, kann man ob diesen Diskussionen und dem engstirnigen Verhalten verschiedener Dorfpolitiker nur den Kopf schütteln. Immerhin hat dann die kantonale Regelung für die Finanzierung des öffentlichen Verkehr (viel später) dazu geführt, dass heute der BUS sogar bis nach Hasle fährt und aus dem Angebot für den öf-

fentlichen Verkehr gerade aus den Randgebieten im Oberschachen und der Tschamerie nicht mehr weg zu denken wäre.

Der BUS heute

Das aktuelle BUS-Thema der SP Oberburg betrifft nun eine zusätzliche Haltestelle bei der Einmündung Krieggasse. Das Thema ist im SP-aktiv bereits eingehend diskutiert worden und man hat zur Kenntnis genommen, dass eine Überprüfung der Haltestellenanordnung in Oberburg nur mittelfristig im Zusammenhang mit dem Umbau des Knotens Krauchthalstrasse/Bahnhofstrasse möglich sein wird. Die Erfahrung hat uns allerdings gelehrt, dass derartige grundlegende Veränderung für die Umsetzung Zeit brauchen und dass sich früher oder aber eher später (allenfalls mit einer neuen Überbauung im Gebiet Krieggasse) doch noch eine Lösung für das Problem der Bushaltestelle im dortigen Gebiet eröffnen könnte.

SP Oberburg

Volksabstimmung vom 22. September 2013

Parolen der SP des Kt. Bern

NEIN zur Liberalisierung der
Öffnungszeiten von Tankstellenshops

JA zur Revision
des Epidemiengesetzes

JA zur Initiative
«Aufhebung der Wehrpflicht»

Die Oberburger SP und ihr Dorf (III)

Geburtswehen der Mehrzweckanlage

Ausgangslage

Die Gemeindeversammlung vom 31. Mai 1978 bewilligte einen Projektierungskredit von 60'000 Franken für eine neue Turnhalle. Das Bedürfnis für eine neue Turnhalle war völlig unbestritten. Was jedoch zu heftigen Diskussionen Anlass gab, war der vorgesehene Standort und die fehlende langfristige Planung für diese Turn- und Sportanlage. Ein Indiz für dieses Missbehagen drückten die vielen Enthaltungen beim entsprechenden Gemeindebeschluss aus.

Nach diesem Kreditbeschluss entbrannte in Oberburg ein «Glaubenskrieg» im Zusammenhang mit der Planung und dem Bau dieser neuen Turnhalle. Zwar war in allen Kreisen der Bevölkerung nach wie vor unbestritten, dass Oberburg eine zusätzliche Turnhalle benötigt. Problematisch zeigte sich jedoch die Frage, wer dieses Projekt planen und technisch begleiten und ganz grundsätzlich, wo eine neue Turnhalle überhaupt gebaut werden soll.

Es ist nach rund 35 Jahren interessant sich die entsprechenden Berichte im SP-aktiv wieder einmal zu Gemüte zu führen und sich mit den Emotionen und auch den persönlichen Verunglimpfungen, welche dieses Projekt auszulösen vermochte, zu befassen.

Projektverfasser

Eine erste Polemik bewirkte gleich zu Beginn der Planungsarbeiten die Bestimmung des verantwortlichen Projektverfassers. Während die SP-Vertretung im Gemeinderat einen auswärtigen, dazu prädestinierten Architekten mit der entsprechenden Erfahrung wünschte, tendierten die übrigen Gemein-

deratsmitglieder dafür, für diese Arbeit ein einheimisches Planungsbüro zu berücksichtigen. Es wurde dabei argumentiert, dass uns ein ortsvertrauter Architekt bei der Projektierung etliche Vorteile bringen würde.

In der Folge füllten die verschiedenen Stellungnahmen zu dieser Frage im SP-aktiv viele Textseiten. Die meisten Stellungnahmen davon waren sachlich begründet. Andere wiederum und speziell Kommentare im offiziellen Gemeinde-Kurier waren jedoch sehr emotional und zeitweise auch ziemlich unter der «Gürtellinie». Schlussendlich hat dann aber der Gemeinderat im Herbst 1978 eine Neubau-Kommission und einen Projektverfasser bestimmt.

Standortfrage

Gestützt auf die Nomination der Verantwortlichen musste nun die Grundsatzfrage nach dem Standort der neuen Turnhalle geklärt werden. Es standen zwei Varianten zur Auswahl:

- Abbruch des alten Stöckernschulhauses und Bau einer neuen Halle auf diesem Grundstück.
- Erstellen einer neuen Anlage auf der von der Gemeinde erworbenen Parzelle auf der «Bärenmatte».

Die SP setzte sich nach Anhörung verschiedener Exponenten für den Standort «Bärenmatte» ein. Hauptgründe dafür waren der sonst nötige Abbruch des alten Stöckernschulhauses, welcher für die Schule für die nächsten Jahre den sofortigen Bau von Provisorien für die wegfallenden Schul-Nebenräume zur Folge gehabt hätte. Zudem wäre diesem Standort ein grosser Teil der

Jubiläumsbräteln mit der SP am 8.9.2013

Gerne laden wir Dich/Sie ein, mit uns am 8. September durch den Schachen zum Hornusserhüttli unterhalb der alten Hasle-Holzbrücke zu spazieren oder mit eigenen Mitteln direkt zum Hornusserhüttli zu gelangen. Auch Kinder sind herzlich willkommen.

Sonntag, 8. September 2013

10.00 Uhr beim Feuerwehrmagazin Chipf (Parkplätze vorhanden), dann Spaziergang nach Hasle oder

11.00 Uhr beim Hornusserhüttli (Parkplätze vorhanden)

Bei schlechter Witterung fällt der Spaziergang ins Wasser und es treffen sich alle direkt um 11 Uhr beim Hüttli. Bei unklaren Wetter-Verhältnissen gibt am 8. September Tel. 034 422 16 32 zwischen 08.00 und 09.00 Uhr Auskunft.

Das eigene Brätliquet und die Beilagen bringen alle selbst mit. Für Getränke hingegen ist gesorgt. Ebenso ist Geschirr etc. vorhanden.

SP Oberburg

**J.+F. Müller
Oberburg**



**Fon 034 422 23 22
Fax 034 423 45 15**

- **Kipper-Service**
- **Mulden-Service**

Praxis für **Kinesiologie**

bei Rückenleiden, Kopfschmerzen,
Allergien, Verspannungen, Stress,
chronischen Beschwerden, Kummer,
Schlafproblemen, Ängsten, Müdigkeit...



Tatjana Bangerter
Dipl. Kinesiologin AP BIK
Bahnhofstrasse 43
3400 **Burgdorf**

kassenanerkannt
„rundum gesund“
079 411 85 15
www.kinetati.ch

bereits bestehenden Rasenfläche zum Opfer gefallen und auch der Baugrund beim alten Stöckerschulhaus ist als schlecht beurteilt worden.

Auch diese Standortfrage führte wiederum zu sehr leidenschaftlichen Reaktionen in der lokalen Presse. Allein im SP-aktiv vom August 1979 finden wir dazu mehrere Seiten, welche namentlich darauf hinweisen, dass man mit dieser Standortfrage nicht politische Fragen mit Sachfragen vermischen und im Hinblick auf die Zukunft das Thema nicht als Wahlschlager für die damals bevorstehenden Gemeindewahlen benützen sollte. Auf Details des damaligen zeitweise schmutzigen «Glaubenskrieges» wollen wir heute jedoch nicht mehr eingehen und keine «alten Wunden» aufreissen.

Schlussendlich hat sich dann der Gemeinderat nach den Vorarbeiten durch die Turnhallen-Neubaukommission mehrheitlich für den Standort beim alten Stöckerschulhaus entschieden und die Verantwortlichen mit der Weiterführung der Projektarbeiten beauftragt.

Projektänderung

Was im Zeitpunkt dieses Entscheides nicht mehr erwartet werden konnte wurde dann plötzlich zur Tatsache: Bei der Projektierung einer neuen Halle mit dem gleichzeitigen Abbruch des alten Stöckerschulhauses wurden die Befürchtungen der SP Oberburg bezüglich der unverantwortlichen Kosten von rund 6,5 Mio. Franken bei diesem Standort bestätigt und der Gemeinderat schwenkte dann auf den Standort auf der «Bärenmatte» ein. Im Januar 1982 hat der Gemeinderat dann beschlossen, der Stimmbürgerschaft am 26.9.1982 einen Kredit in der Höhe von Fr. 4'740'900.– für eine neue Mehrzweckhalle auf der «Bärenmatte» zu unterbreiten. Die

neue Halle sollte ausser einer unterteilbare Sportfläche von 22 x 44 m die dazu notwendigen Nebenräume und im Untergeschoss die Räume für den Zivilschutz und für Militärunterkünfte enthalten. Als separates Projekt wurde den Stimmberechtigten ein Kredit von Fr. 310'000.– für eine Klappbühne und eine Festkücheneinrichtung zur Beschlussfassung unterbreitet. Beide Kredite sind von den Stimmberechtigten genehmigt worden.

Verwirklichung, Erkenntnisse und Erfahrungen

Trotz vieler Widerwärtigkeiten und viel Polemik ist die Mehrzweckhalle auf der Bärenmatte dann tatsächlich realisiert worden. Der Dank dafür gebührt denjenigen Exponenten, die sich während langer Zeit dafür eingesetzt haben und sich oft als Laien ohne Sachkenntnis betiteln lassen mussten, aber auch denjenigen Politikern, welche sich schlussendlich der Sache zu Liebe und entgegen der damaligen politischen Strömung innerhalb der eigenen Partei vom Standort «Bärenmatte» überzeugen liessen.

Heute dürfen wir mit berechtigtem Stolz feststellen, dass es in Oberburg trotz heftigen politischen Auseinandersetzungen schlussendlich gelungen ist eine Mehrzweckhalle zu verwirklichen und zudem auch noch ein sanft renoviertes «altes Stöckerschulhaus» für eine vielfältige Nutzung zu erhalten. Ein gutes Beispiel dafür, dass sich Weitsicht und Beharrlichkeit aber auch eine offenen Gesprächskultur oft auch bei schwierigen Themen lohnen.

SP Oberburg



Zu den Volksabstimmungen vom 22. September 2013

NEIN zur Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops

Der Metzger und die Bäckerei sind im Dorf und der Sonntag ist ein Ruhetag. Das ist ein Stück urschweizerische Lebensqualität.

Dem gegenüber stehen Tankstellenshops und Grossmärkte, welche immer längere Öffnungszeiten fordern und die kleinen Detailhändler zusehends verdrängen.

Arbeit auf Abruf, tiefe Löhne, Nachtarbeit sind die Folgen dieser ungesunden Entwicklung.

Wir haben die Wahl. Wollen wir diesem Trend folgen?

Ist es nötig den Sonntag zum Werk- und Einkaufstag zu machen?

Seit 125 Jahren setzt sich die SP für gute Arbeitsbedingungen und Lebensqualität ein und lehnt die Vorlage zur Liberalisierung der Arbeitszeiten ab.

SP Oberburg



NEIN
**zum 24 Std-
Arbeitstag!**

JA zur Aufhebung der Wehrpflicht

Eine Wehrpflicht braucht es in der Schweiz nicht mehr. Hinter der Abstimmung verbirgt sich aber wesentlich mehr.

Die GSoA, als Initiantin der Initiative, möchte die Armee als Ganzes abschaffen.

Die vorliegende Initiative betrifft aber nur die Wehrpflicht, und diese ist ein alter Zopf,

welcher aus verschiedenen Gründen abgeschnitten gehört. Noch besser wäre eine Umgestaltung und Umbenennung. Denn einiges an der «Wehrpflicht» ist für die Gesellschaft nützlich.

Als Wehrpflicht bezeichnet man die Pflicht eines Staatsbürgers, für einen gewissen Zeitraum in der Armee oder einer anderen Wehrformation seines Landes zu dienen.

Bei unserer derzeitigen Bedrohungslage ist dieses Gesetz nicht mehr nötig. Zudem betrifft es nur die Männer und widerspricht der Gleichbehandlung der Geschlechter.

Für die heutigen, hochkomplexen Waffensysteme ist das grosse Milizheer überfordert und eine Berufsarmee wäre besser geeignet. Die Abschaffung der Wehrpflicht ist ein Schritt in diese Richtung. Zudem lassen sich dadurch immense Kosten einsparen.

Mit dem Zivildienst weichen heute viele Männer der Armee aus und leisten einen wertvollen Dienst an der Gesellschaft. Krankenhäuser, Altersheime aber auch Museen profitieren von diesem Angebot. Grossanlässe wie das eidgenössische Turnfest wären ohne «Zivis» nicht durchführbar, und auch beim Aufräumen von Naturereignissen leisten sie wertvolle Hilfe.

Dieser Zivildienst muss aber freiwillig sein. So wird er bewusst geleistet und ist nicht nur Zeitvernichtung anstelle von Armeedienst. Der Zivildienst bietet eine Abwechslung in der Berufsbildung, ermöglicht eine Auszeit von Zuhause und bleibt eine wertvolle Basis für die Gesellschaft.

Solange aber die Wehrpflicht in der heutigen Form besteht, ändert sich wenig. Daher unterstütze ich die Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht am 22. September.

Klaus Bangerter

**Verirrt in der
Sprachwüste?**

**Wir helfen
Ihnen zur Oase.**

ComTex

**Ihr Oberburger Büro für
treffende Texte.**

Postfach 126, 3414 Oberburg
Tel. 034 422 16 32 – Mobile 079 652 90 53

  **BAUM
GARTNER
ELEKTRO**

Ulrich Baumgartner
eidg. dipl. Elektroinstallateur
Emmentalstrasse 17
3414 Oberburg
Telefon 034 423 13 31

Wir empfehlen uns für:

**Elektrische Anlagen
Telefon-Installationen
Reparaturservice
Haushaltapparate**

Oldtimer Cafe Bar

British-Classic Point



Familie Steiner
Emmentalstrasse 94
3414 Oberburg

Telefon 034 422 92 48
picksteiner@bluewin.ch
www.british-point.ch

Muhmenthaler GmbH

Fachgeschäft für Gebäudehüllen
Oberburg Burgdorf



Steildach
Flachdach
Fassaden

Flüssigkunststoff
Gerüste
Spenglerei

Telefon 034 422 28 26
Natel 079 300 71 40

info@ddmuhmenthaler.ch
www.ddmuhmenthaler.ch

Bike Shop Burkhard
Verkauf - Beratung - Reparaturen - Service

Stefan + Daniela Burkhard

Kruppenmattgasse 2
CH - 3414 Oberburg
034 / 423 13 00
079 / 632 63 69
bikeshop@vtxmail.ch
www.burkhardbikes.ch



Sonja Hirsbrunner & Therese Krebs
Krauchthalstrasse 78, 3414 Oberburg
034 422 22 54

Wir empfehlen uns für:
Familienanlässe, Vereinsnässe
Seminare etc.

Gutbürgerliche Küche

Auf Ihren Besuch freut sich
das Steingrube Team.

Öffnungszeiten:

Montag-Freitag 16:00 Uhr bis 23:30 Uhr
Samstag 09:00 Uhr bis 23:30 Uhr
Sonntag 10:00 Uhr bis 22:30 Uhr



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

**Bei uns sind
Sie gut beraten!**

Unia Oberaargau – Emmental

Bahnhofstrasse 88, 3401 Burgdorf

T 034 447 78 41 // Fax 034 447 78 42

Bahnhofstrasse 30, 4900 Langenthal

T 062 787 78 41 // Fax 062 787 78 42

Mühlegässli 1, 3550 Langnau

T 034 402 78 41 // Fax 034 402 78 42

Walkestrasse 10, 4950 Huttwil

T 062 721 78 41 // Fax 062 721 78 42